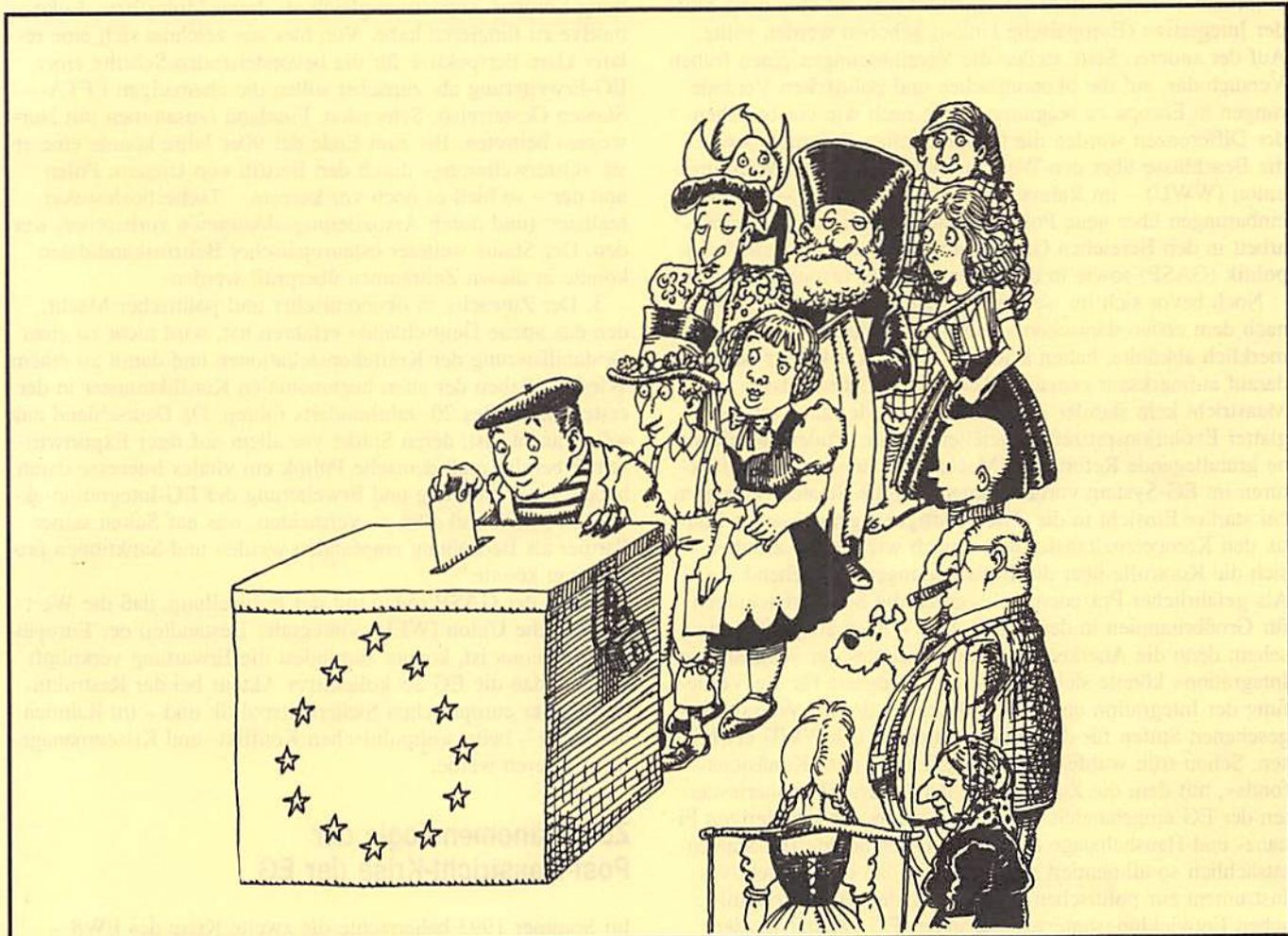


Die Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft

■ von Frank Deppe



Noch Ende 1991 war von »Meilensteinen« in der Geschichte der Einigung Europas die Rede – und »Maastricht« war dafür das Stichwort.

Zu dieser Zeit befand sich die europäische Politik bereits inmitten jenes Strudels kontinentaler und globaler Umbrüche, die mit der Auflösung des »realsozialistischen Lagers«, dem Zerfall der Sowjetunion und der deutschen Einigung die Epoche des Systemgegensatzes beendete und die europäische Politik mit einer Vielfalt von neuen Herausforderungen konfrontierte.

Mit dem Ende des Kalten Krieges war zugleich jene Verklammerung der Interessen der herrschenden gesellschaftlichen und politischen Gruppen in Westeuropa entfallen, die die gemeinschaftliche Abwehrfront gegenüber der »Bedrohung aus dem Osten« zementierte und zugleich als mächtiger Hebel für den Ausgleich partikularer bzw. nationalstaatlicher Interessenkonflikte gewirkt hatte. Wenn der alte Kitt bröckelt, was hält dann das gemeinsame Haus zusammen?

Außerdem war eine wesentliche Voraussetzung für die militärischen Schutz- und Führungsfunktionen aufgehoben, die die USA im Rahmen der NATO und vermittels des »atomaren Schirms« in Westeuropa (und Ostasien) ausgeübt hatten.

Kurzum: die gesamte politische Architektur Europas war neu zu vermessen.

Die »Maastricht«-Strategie

Die Vereinbarungen von Maastricht sind Ausdruck jener euphorischen Stimmung, die im Lager der Sieger in der Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus¹ bis ins Jahr 1992 vorherrschte. Insofern mußten sie zunächst als eine Art »Befreiungsschlag« erscheinen, bei dem einerseits die Integrationspolitik und -methode aus der zweiten Hälfte der 80er Jahre – von der Verwirklichung des Binnenmarktes bis zur Währungsunion am 1. Januar 1999 – fortgeführt und auf eine neue Stufe der Integration (Europäische Union) gehoben werden sollte. Auf der anderen Seite stellen die Vereinbarungen einen frühen Versuch dar, auf die ökonomischen und politischen Veränderungen in Europa zu reagieren. Trotz nach wie vor bestehender Differenzen wurden die institutionellen Reformen sowie die Beschlüsse über den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – im Rahmen des EWG-Vertrages – um Vereinbarungen über neue Politiken und Formen der Zusammenarbeit in den Bereichen Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie in der Innen- und Rechtspolitik ergänzt.²

Noch bevor sich im weiteren Verlauf des Jahres 1992 – nach dem ersten dänischen »Nein« im Sommer – die Euphorie merklich abkühlte, hatten kritische Analytiker bereits behutsam darauf aufmerksam gemacht, daß »mit den Beschlüssen von Maastricht kein stabiler Zustand erreicht oder auch nur ein glatter Evolutionsprozeß eingeleitet« wurde. Zudem wurde keine grundlegende Reform der Macht- und Entscheidungsstrukturen im EG-System vorgenommen: »... die Staaten begrenzen bei starker Einsicht in die Zweckhaftigkeit gemeinsamer Politik den Kompetenztransfer und – noch wichtiger – erhalten sich die Kontrolle über die Entscheidungen weitgehend ...«.³ Als gefährlicher Präzedenzfall wurden die Sonderregelungen für Großbritannien in der Sozial- und Wirtschaftspolitik angesehen; denn die Anerkennung des Konzeptes der »abgestuften Integration« könnte sich alsbald als Sprengsatz für die Vertiefung der Integration und die Realisierung der im Vertrag vorgesehenen Stufen für die Implementierung der WWU erweisen. Schon früh wurde auch bezweifelt, ob der »Kohäsionsfonds«, mit dem die Zustimmung der ärmeren Peripheriestaaten der EG eingehandelt wurde, angesichts der schwierigen Finanz- und Haushaltslage auch in den »reicheren« EG-Staaten tatsächlich so alimentiert werden kann, daß er als effektives Instrument zur politischen Bearbeitung der sozialökonomischen Entwicklungsunterschiede in der EG genutzt werden kann. Und schließlich nahm seit Anfang 1992 die Unsicherheit über die normative Kraft der in Maastricht vereinbarten GASP explosionsartig zu; denn die Unfähigkeit der führenden EG-Mitglieder, während des Golf-Krieges eine einheitliche Strategie zu vertreten, setzte sich während der beginnenden Sezessionskriege auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien fort.⁴

Dennoch war mit Maastricht eine integrationspolitische Linie für die 90er Jahre konzipiert worden, deren strategische Eckwerte folgendermaßen resümiert werden können:⁵

1. Die mit der Implementierung des Binnenmarktprojektes eingeleitete Integrationsmethode wird fortgesetzt. Sie soll in erster Linie die Wettbewerbsfähigkeit des westeuropäischen Kapitalismus in der »Triaden«-Konkurrenz gewährleisten. Grenzüberschreitende Marktintegration soll durch Marktliberalisierung und politische Deregulierung gesteuert werden. Damit sind auch die zentralen Parameter für politisch-staatliches Handeln – auf der Ebene der EG wie der Nationalstaaten – fixiert. Die von der monetären Integration ausgehenden Hand-

lungsanforderungen an die Wirtschafts- und Haushaltspolitik werden in den sog. »Konvergenzindikatoren« des Maastrichter Vertrages (Inflationsrate, Haushaltsdefizit/Gesamtverschuldung, Einhalten der normalen Bandbreiten im EWS, Dauerhaftigkeit der vom Mitgliedstaat erreichten Konvergenz) festgeschrieben.

2. Vertiefung und Erweiterung der EG werden als ein paralleler Prozeß aufgefaßt, wobei der Primat der Vertiefung letztlich darauf beruht, daß die EG der Zwölf nicht allein als Modell für die künftige sozialökonomische und politische Ordnung Europas, sondern zugleich als deren Motor bzw. Lokomotive zu fungieren habe. Von hier aus zeichnet sich eine relativ klare Perspektive für die bevorstehenden Schritte einer EG-Erweiterung ab: zunächst sollen die ehemaligen EFTA-Staaten Oesterreich, Schweden, Finnland (zusammen mit Norwegen) beitreten. Bis zum Ende der 90er Jahre könnte eine erste »Osterweiterung« durch den Beitritt von Ungarn, Polen und der – so hieß es noch vor kurzem – Tschechoslowakei realisiert (und durch Assoziierungsabkommen vorbereitet) werden. Der Status weiterer osteuropäischer Beitrittskandidaten könnte in diesen Zeiträumen überprüft werden.

3. Der Zuwachs an ökonomischer und politischer Macht, den das »neue Deutschland« erfahren hat, wird nicht zu einer Destabilisierung der Kräftekonstellationen und damit zu einem Wiederaufleben der alten hegemonialen Konfliktmuster in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führen. Da Deutschland eine »Zivilmacht« ist, deren Stärke vor allem auf ihrer Exportwirtschaft beruht, muß deutsche Politik ein vitales Interesse daran haben, die Vertiefung und Erweiterung der EG-Integration aktiv zu fördern und alles zu vermeiden, was auf Seiten seiner Partner als Bedrohung empfunden werden und Sanktionen provozieren könnte.⁶

4. Mit der GASP sowie mit der Feststellung, daß die Westeuropäische Union (WEU) »integraler Bestandteil der Europäischen Union« ist, konnte zumindest die Erwartung verknüpft werden, daß die EG als kollektiver Akteur bei der Restrukturierung der europäischen Sicherheitspolitik und – im Rahmen der UNO – beim weltpolitischen Konflikt- und Krisenmanagement agieren werde.⁷

Zur Phänomenologie der Post-Maastricht-Krise der EG

Im Sommer 1993 beherrschte die zweite Krise des EWS – nach der ersten im September 1992, die mit dem Ausscheiden des britischen Pfundes und der italienischen Lira aus dem EWS-Verbund vorläufig »bereinigt« wurde – die Schlagzeilen der europäischen Presse. Mit der drastischen Erweiterung der Bandbreiten auf +/- 15% wurde eine »Atempause« eingelegt. Damit hat die EWS-Krise einen »Pfeiler« des Vertragswerkes von Maastricht eingerissen; denn die im Vertrag festgeschriebenen »Konvergenzkriterien« sehen u.a. jene festen Bandbreiten innerhalb des EWS vor, wie sie beim Eintritt in die erste Stufe der WWU zum 1. Juli 1990 bestanden. Damit ist ein erster Hinweis gegeben, daß die objektive Dynamik der transnationalen ökonomischen und monetären Prozesse, deren Freisetzung bzw. Liberalisierung das Ziel der Maastricht-Strategie war, nunmehr im Sinne einer »negativen Dialektik« auf die Intentionen der politischen Akteure zurückschlägt. Die Politik, die sich der »Marktliberalisierung« verschrieben hatte, wird nun zu deren Opfer. Zumindest – so scheint es – sind die Regierungen, die den Maastricht-Prozeß stützen, schwächer als jene viel beschworenen »Spekulanten«, deren Attacken auf

einzelne Währungen im EWS-System zumindest vorläufig das Gesamtsystem zum Einsturz gebracht haben. Die Institutionen der Politik, denen die Politikwissenschaft zumal im Zusammenhang der jüngeren Integrationsforschung soviel Autonomie, Eigendynamik und Selbstreferentialität konzederen wollte, werden nicht durch die sanfte »invisible hand« der Marktgesetze geleitet, sondern durch deren böse Geister getetzt.

Die EWS-Krise vom Juli/August 1993 ist nur der vorläufige Höhepunkt einer Kette von Ereignissen, die seit Anfang 1992 einen Umschlag von der Maastricht-Euphorie in einen neu aufkommenden »Europessimismus« bzw. in eine »Perplexität« Europas bewirkt haben, die sich zugleich in einer neuen Unsicherheit über den weiteren Weg der Integration verdichtet. Das dänische »Nein« vom Sommer 1992 hatte einen ersten Schock ausgelöst, der sich durch das äußerst knappe Votum beim französischen Referendum vom Herbst 1992 noch verstärkte.⁸ In fast allen Ländern wurde deutlich, daß das EG-Projekt erhebliche Legitimationseinbußen zu verzeichnen hat.⁹ Ein neuer Anti-Maastricht-Populismus verbindet sich mit Aggressionen gegen die vorgebliche Übermacht der Brüsseler EG-Bürokratie und mit diffusen Ängsten vor dem Verlust nationaler Identität und Souveränität. »Soziale und nationale Ängste gegenüber der EG-Bürokratie verdichten sich zu einem neuen Unbehagen, das nun einen Namen hat – Maastricht.«¹⁰ Im Gegensatz zum Scheitern der WWU-Projekte in den frühen 70er Jahren, als das Zusammentreffen von Weltwirtschaftskrise und dem Aufschwung der Klassenkämpfe eine – politisch nach links verschobene – Renationalisierungstendenz verstärkte, zeichnet sich die Renationalisierung der Politik zu Beginn der 90er Jahre vor allem dadurch aus, daß sich die weit verbreitete Angst vor einer Verschlechterung des sozialen Lebensstandards als Mißtrauen gegenüber der EG-Politik – vor allem gegenüber der geplanten Einführung der Gemeinschaftswährung ECU – artikuliert (»Wohlstandschauvinismus«) und sich über ausländerfeindliche und rassistische Stimmungen »von unten« weiter radikalisiert.

Die Entfremdung zwischen »politischer Klasse« und »Volk« kam in Dänemark wie in Frankreich vor allem darin zum Ausdruck, daß vor den Referenden jeweils breite Mehrheiten in den Parlamenten – quer durch Regierungs- und Oppositionsparteien – ihre Unterstützung des Maastricht-Vertrages bekundet hatten. Da Meinungsumfragen eine solche Spaltung auch für andere Länder nachgewiesen haben, kann zumindest vermutet werden, daß die Legitimationskrise des Maastricht-Projektes weniger aus diesem selbst, sondern eher aus einer Legitimationskrise des Regimes der je nationalen politischen Klassen begriffen werden muß.¹¹ Die Paradoxie, die sich dabei geradezu aufdrängt, besteht zunächst einmal darin, daß diese Tendenz zu einer Renationalisierung der Politik einhergeht mit einer offensichtlichen Krise des je nationalstaatlichen Regulationstyps und der diesen tragenden bzw. administrierenden »politischen Klasse«.¹²

Gleichwohl läßt sich die Spezifik der Post-Maastricht-Krise der EG nicht aus dem Ablauf des Ratifizierungsprozesses begreifen. Die Frage, die zu klären ist, lautet vielmehr, warum die Lautstärke derjenigen Stimmen zunimmt, die Maastricht de facto »für tot« erklären.¹³ Oder, anders gefragt, warum entfremdet sich die »Maastricht-Strategie« immer mehr von der ökonomischen und politischen Wirklichkeit in der EG?

Eine erste Antwort lautet, daß die Basisprämissen, auf deren Fundament die integrationspolitische Linie von Maastricht aufgebaut war, nicht mehr stimmen. Die Erwartung, daß sich der Wachstumstrend der europäischen Wirtschaft aus der zweiten

Hälfte der 80er Jahre in die 90er Jahren fortsetzen, ja noch – wie es im Cecchini-Bericht prognostiziert wurde – verstärken werde, ist angesichts der Realität der Weltwirtschaftskrise längst zusammengebrochen. Außerdem war der »Geist von Maastricht« noch von dem Glauben inspiriert, daß sich sowohl die deutsche Einheit als auch die politische und ökonomische Transformation in Osteuropa – zumindest mittelfristig – positiv (im Sinne eines gewaltigen Modernisierungsbedarfes und Nachfrageschubs) auf die EG auswirken werde.

Bis in das Jahr 1992 wirkte zumindest der Nachfrageschub, der von der deutschen Währungsunion des Jahres 1990 ausgegangen war, als eine Antriebskraft der Konjunktur nicht allein

Frank Deppe ist Professor für Politikwissenschaft in Marburg. Dieser Aufsatz ist Teil einer umfangreicheren Ausarbeitung unter dem Titel »Von der »Europhorie« zur Erosion – Anmerkungen zur Post-Maastricht-Krise der EG«, die erschienen ist im Arbeitspapier 10 der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Marburg 1993.

¹ Vgl. dazu u.a. F. Deppe, *Jenseits der Systemkonkurrenz*, Marburg 1991, bes. S. 141 ff.

² Vgl. dazu u.a. O. Schmuck, *Der Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union*, in: *Europa-Archiv*, 2/1992, S. 97 ff.; W. Wessels, *Maastricht: Ergebnisse, Bewertungen und Langzeitrends*, in: *Integration*, 15. Jg., 1/1992, S. 2 ff.; R. Hrbeek (Hrsg.), *Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse*, Baden-Baden 1993.

³ W. Wessels, *Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese*, in: M. Kreile (Hrsg.), *Die Integration Europas*, PVS, Sonderheft 23/1992, S. 15.

⁴ Vgl. u.a. T. S. Salmon, *Testing times for European political cooperation: the Gulf and Yugoslavia, 1990 – 1992*, in: *International Affairs*, Vol. 68, 2/1992, S. 233 ff.

⁵ Vgl. dazu z.B. W. Weidenfeld/J. Janning, *Der Umbruch Europas: die Zukunft des Kontinents*, Güterloh 1990; D. Senghaas, *Europa 2000. Ein Friedensplan*, Frankfurt/Main 1990; A. Clesse/R. Vernon (Eds.), *The European Community after 1992: a new role in world politics?* Baden-Baden 1991.

⁶ »Deutschland kann sich angesichts seiner weit überdurchschnittlichen Außenverflechtungen, ähnlich wie Kleinststaaten, Insensibilitäten gegenüber seiner weiteren Umwelt schlicht nicht erlauben«. D. Senghaas, *Die ungleichen Partner der Triade. USA-Japan-Deutschland*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/1993, S. 1080 ff., hier S. 1084.

⁷ Vgl. u.a. R. Rummel (Ed.), *Toward political union. Planning a common foreign and security policy in the European Community*, Baden-Baden 1992.

⁸ Vgl. dazu u.a. U. Meinhardt/K.P. Weiner, *Deutsche Integration – Europäische Erosion*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/1992, S. 1419 ff.; K. P. Weiner, *Europa am Scheideweg*, in: *Sozialismus*, 7-8/1993, S. 76/77; ders., *Das Europäische Währungssystem suspendiert*, in: *Freitag*, Ost-West-Wochenzeitung, 6. August 1993, S. 1.

⁹ Jacques Delors (Entwicklungsperspektiven der europäischen Gemeinschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B1/1993, S. 3) erklärte Anfang 1993: »Das Ergebnis meiner Analyse lautet, Es gibt eine doppelte Kluft – eine Kluft zwischen den Zielsetzungen des Maastrichter Vertrages und der Bereitschaft von Teilen der Bevölkerung, diese mitzutragen; und es gibt eine Kluft zwischen dem Vertragsinhalt und den Anforderungen, die in der heutigen interdependenten Welt an die Gemeinschaft gestellt werden.«

¹⁰ I. Geiss, *Europa – Vielfalt und Einheit. Eine historische Erklärung*, Mannheim 1993, S. 124.

¹¹ Die nationalen Wahlen im Zeitraum 1992/93 haben zwar nicht überall eine dermaßen dramatische Demontage der Parteienblöcke »an der Macht« gezeitigt wie in Frankreich bzw. in Italien. Dennoch deuten die Wahlverluste regierender Parteien (allgemeiner: der »alten Volksparteien«), sinkende Wahlbeteiligung, Erfolge von rechtsradikalen und separatistischen Parteien, Korruptionsskandale und »Politikverdrossenheit« darauf hin, daß die Krise der europäischen Politik nur Epiphänomen einer tiefer liegenden Krise der Politik auf der nationalen Ebene ist.

¹² Zu Begriff, Gestalt und Krise der »politischen Klasse« vgl. neuerdings K. v. Beyme, *Die politische Klasse im Parteienstaat*, Frankfurt/Main 1993.

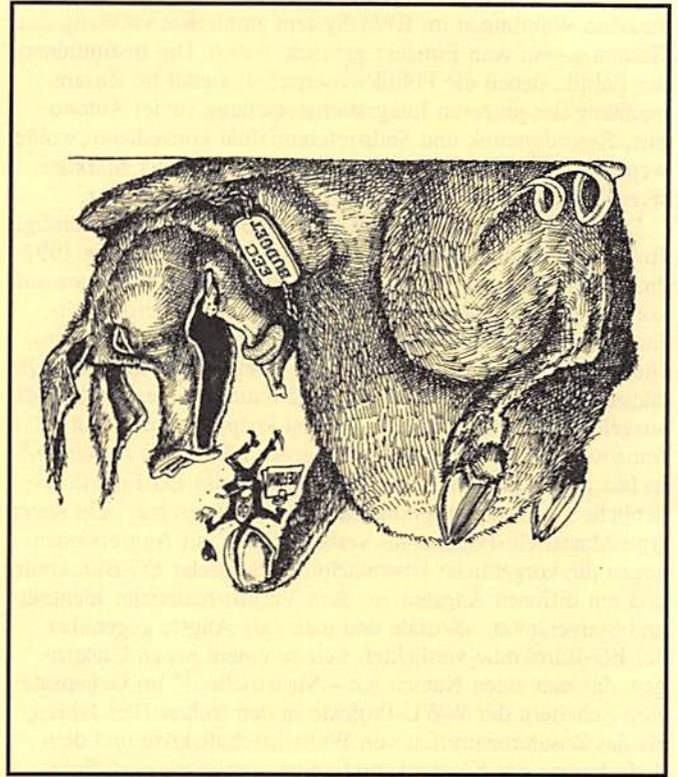
¹³ Während der britische Premierminister John Major nach dem 1. August 1993 davon sprach, daß der Zeitplan, der in Maastricht für die Einführung der WWU vereinbart wurde, inzwischen »jeglichen Realismus« vermissen lasse, kündigte der Sprecher der Anti-Maastricht-Kampagne in der konservativen Partei den Stop der Kampagne an. »Wir brauchen nicht weiterzumachen; denn der Vertrag ist schon zerstört« (*El Pais*, 3. August 1993, S. 28).

in Deutschland, sondern in der EG insgesamt. Seitdem geht das Wirtschaftswachstum zurück; die Arbeitslosigkeit steigt sprunghaft an. Die nationalen Regierungen sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, daß die Steuereinnahmen zurückgehen, während die Sozialausgaben ansteigen. Diese »normalen« Begleiterscheinungen des Krisenzyklus werden gegenwärtig durch strukturelle Faktoren verstärkt. Auf der einen Seite sehen sich einige der Schlüsselbranchen des globalen Kapitalismus – und hier insbesondere die Automobilindustrie mit ihren Zulieferern und die Computerbranche – nicht allein vom Nachfragerückgang, sondern zugleich durch Überkapazitäten, die in der Vergangenheit aufgebaut wurden, bedrängt. Das führt nicht allein zu einem »mörderischen« Konkurrenz-, d.h. vielfach Überlebenskampf, sondern auch zu Massenentlassungen und zu einschneidenden Rationalisierungsmaßnahmen, für die die japanische Produktivität (»Toyotismus«/»lean production« etc.) nunmehr als Maßstab und Modell dient.

Auf der anderen Seite wird die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten bzw. der Regierungen nicht allein durch den transnationalen Charakter der Krise sowie durch die Abkopplung der transnationalen monetären Prozesse von der Realakkumulation beeinträchtigt. Da in den meisten entwickelten, kapitalistischen Industriestaaten im Verlaufe der 80er Jahre die private und öffentliche Verschuldung zugenommen hat, befinden sich die Regierungen nicht nur in der »Verflechtungsfalle«, sondern auch in einer »Haushalts-« bzw. »Schuldenfalle« gefangen. Die Ausgabensteigerungen als Folge der Wirtschaftskrise können nur durch eine weitere Erhöhung der Staatsverschuldung und/oder eine weitere Senkung der Sozialausgaben bewältigt werden – in einer Situation, in der die traditionellen Systeme der sozialen Sicherung (Gesundheit, Alter, Arbeitslosigkeit und Armut) oft schon an die Grenzen ihrer Leistungs- und Bestandsfähigkeit geraten sind. Aus dieser Konstellation erwächst u.a. der Popularitätsverlust der regierenden Parteien bzw. Parteienblöcke, die freilich im Hinblick auf bevorstehende Wahlen stets auch unter dem Druck stehen, mehrheitsfähig zu bleiben.

Dieses Dilemma wird noch durch den EWS-Mechanismus verstärkt. In der prosperierenden Phase in der zweiten Hälfte der 80er Jahre war die »Diktatur« der Ankerwährung DM und der Bundesbank, die die Mitgliedstaaten auf Haushaltsdisziplin und Inflationsbekämpfung verpflichtete, als »wohlwollender« Zwang gedeutet worden, der angesichts der strategischen Akzeptanz der weltmarktorientierten Modernisierung und der schrittweisen Verwirklichung des EG-Binnenmarktes als unausweichlich angesehen wurde. Nunmehr befinden sich die Regierungen der EG-Staaten in der schwierigen Lage, daß das Festhalten an den Prinzipien des EWS ihre Handlungsmöglichkeiten im Sinne der Nachfrageförderung, der Beschäftigungspolitik und der Verbesserung der Exportchancen der heimischen Wirtschaft blockiert. Solange der Primat der Inflationskontrolle und der »Austeritätspolitik« nicht aufgegeben wird, solange wirkt die Regierungspolitik selbst noch – nach dem schlechten Vorbild der Deflationspolitik in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 – als krisenverschärfend.

Über die Funktion der DM als »Ankerwährung« im EWS tendiert Deutschland – ähnlich wie die USA im Zeichen der »Reaganomics« Anfang der 80er Jahre – vom »wohlwollenden« zum »böartigen« bzw. »räuberischen Hegemon«. ¹⁴ Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und die Geldpolitik der Bundesbank halten energisch an dem Hauptziel der Inflationsbekämpfung durch hohe Zinsen sowie durch »Austeritätspolitik« fest. Für die Wirtschaftskrise und ihre sozialen Conse-



quenzen im Beschäftigungssystem ist die Rückkehr zur klassischen Deflationspolitik geradezu wirtschaftspolitisches, prozyklisches Gift. Dahinter steht freilich ein dreifaches, nationales Interesse. Auf der einen Seite soll dieser Kampf gegen die Inflation und die Abwehr einer starken Aufwertung der DM die Position der – ohnehin angeschlagenen – deutschen Exportwirtschaft stärken; auf der anderen Seite dient die Hochzinspolitik aber auch dazu, ausländisches Geld nach Deutschland anzuzugeln, um so den Schuldenbedarf der öffentlichen Haushalte zu befriedigen. Und schließlich ist die Hochzinspolitik eine politische Waffe im Kampf der Neokonservativen gegen die Gewerkschaften, die im nationalen »Solidarpakt« kampfflos auf die Wahrnehmung ihrer Schutzfunktionen im Bereich der Lohnpolitik sowie auf beschäftigungspolitisch wirksame Programme verzichten sollen.

William Pfaff, einer der führenden Kommentatoren der internationalen Politik in den USA, hat das jüngste Gewitter im EWS auf diesen Widerspruch zwischen den »deutschen Problemen« und ihren Rückwirkungen auf die Wirtschaftspolitik der anderen EG-Länder zurückgeführt: »Die Krise ist nicht allein der Spekulation geschuldet. Die Spekulanten sind die Geier der Finanzmärkte. Das Aas, von dem sie sich nähren, war die Entschlossenheit Frankreichs und einiger anderer Länder, den Wert ihrer Währungen an die DM anzukoppeln – und das in einem Moment, in dem die Forderungen der deutschen Wirtschaftspolitik unmittelbar jener Politik widersprachen, die die Situation in den anderen Ländern erforderte. Wenn man weiterhin diesen Kurs verfolgt, dann werden sich die Arbeitslosigkeit und die daraus folgenden internen sozialen Spannungen noch erhöhen.« ¹⁵

Daß die Empfehlung, sich vom Monetarismus zu verabschieden, zunehmend von Ökonomen aus den USA ausgesprochen wird, ¹⁶ illustriert eine weitere Spezifik der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Während in Japan schon seit 1992 gewaltige staatliche Finanzprogramme aufgelegt wurden, um der Rezes-

sion zu begegnen, setzt sich in den USA – im Umkreis der neuen Clinton-Administration – immer mehr eine neoklassische Orientierung in der Wirtschaftspolitik durch. Diese schreibt – im Innern – dem Staat eine entscheidende Rolle für die Gesundung der Wirtschaft sowie für die notwendigen Reformen der gesellschaftlichen Infrastruktur zu und tritt – nach außen – für politisch regulierte, bilaterale Handelsregime (»managed trade«) ein.¹⁷ Sollte sich die derzeit erkennbare Tendenz verstärken, daß Japan (auch im Kontext der Wachstumsdynamik, die im ostasiatischen Raum nach wie vor sehr viel höher ist) und die USA einen schnelleren – Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise finden als die EG, so wird sich hier unvermeidlich der Druck in die Richtung eines wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsels im Sinne einer »Rückkehr zu Keynes« verstärken.

Noch ist es zu früh, über die schließlichen Rückwirkungen der EWS-Krisen auf die Bestandsfähigkeit der Vereinbarungen von Maastricht sowie auf die Perspektiven der Integrationspolitik in den 90er Jahren zu spekulieren. Entscheidend wird dabei die weitere Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen sein. Die Achse Paris-Bonn fungiert seit Mitte der 80er Jahre als »Lokomotive« für die Erfolge der EG-Politik. »Maastricht« war der Versuch, diese Politik für die 90er Jahre fortzuführen und – in der Perspektive einer Vertiefung der Integration – zu institutionalisieren. Die monetaristische Linie mit dem Ziel der gemeinsamen Währung und Zentralbank entsprach schließlich einer alten französischen Forderung. Diese beinhaltete nicht allein die Anerkennung des »deutschen Modells«, sondern zugleich die Intention der schließlichen »Lokkerung« der »Diktatur« der deutschen Bundesbank über die EG-Währungspolitik. Daher regte sich gerade in Deutschland heftiger Protest gegen die vermeintlich unverantwortlichen Zugeständnisse, die der Bundeskanzler in Maastricht gerade hier konzidiert hatte.¹⁸

Daß also der französische Franc – mit erheblichen Anstrengungen in Paris und Frankfurt/Bonn – im EWS gehalten wurde (und daß sich die von Jacques Delors wie vom französischen Ministerpräsidenten Edouard Balladur erhobene Forderung nach einem zeitweiligen Ausscheiden der deutschen Mark aus dem EWS nicht durchsetzte), mag darauf zurückzuführen sein, daß auch die neue Regierung in Paris die französische Patenschaft für das Projekt der Währungsunion/ECU nicht verleugnen will und gleichzeitig darum bemüht ist, ein Auseinanderbrechen der Achse Paris-Bonn zu vermeiden. Vielleicht gerade deshalb, weil sich bei den GATT-Verhandlungen als auch in der Jugoslawien-Politik einiger Konfliktstoff akkumuliert hat und auch in der politischen Debatte in Deutschland Stimmen lauter werden, die den Stellenwert der deutsch-französischen Beziehungen zugunsten einer deutsch-amerikanischen Partnerschaft und der neuen Führungsrolle Deutschlands in Osteuropa abgewertet sehen möchten.¹⁹ Dabei besteht nicht nur in Frankreich ein Wissen um die Gefahren, die aus dem Scheitern des Projektes einer »Europäischen Union« erwachsen könnten: »Das politische Europa zu negieren bedeutet, Deutschland zu einer Rückkehr zu seinen vergangenen Träumen zu drängen: zu einer Hegemonialpolitik, die auf seiner wirtschaftlichen Macht und auf seiner besonderen geographischen Mittellage zwischen Ost und West beruht.«²⁰

Die Tiefenstruktur der Krise

Die Post-Maastricht-Krise der EG ist keine Existenzkrise, die den Grundbestand der europäischen Integration in Frage stellt. Noch betonen die Hauptakteure, die gerade den Kern der Maastricht-Vereinbarungen über die Währungsunion demontieren, die Notwendigkeit einer gemeinsamen und gemeinschaftlichen europäischen Politik in einer sich dramatisch verändernden Welt. Phänomenologisch gleicht die Krise jenem neuartigen Krisentyp, der die Politik, die Spitzenpolitiker und die »politische Klasse« in den westlichen Metropolen – also im Lager der »Sieger im Kalten Krieg« – seit 1989/90 in höchstem Maße verunsichert. Der Zyklus von Sieg und Niederlage, von Euphorie und Pessimismus, von Manie und Depression scheint schneller und enger geworden zu sein. Die – von der internationalen Presse gekürten – »Männer des Jahres« (Gorbatschow, Kohl, Bush und auch Delors) erlebten als Personifikationen einer erfolgreichen Politik (Perestroika, Deutsche Einheit, Golf-Krieg und Maastricht) einen jähen Absturz auf der politischen Bühne, der sich in ihrem Abgang, in Wahlniederlagen, Popularitätsverlust bzw. im Scheitern ihrer Projekte äußerte.

Einige Plausibilität kann die These beanspruchen, daß das Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion letztlich unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise seit 1992 suspendiert bzw. »auf Eis« gelegt werden mußte. Die Folgen der Krise verstärken selbst die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in der Gemeinschaft und erzwingen so eine Renationalisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik.

Die Verlaufs- und Bearbeitungsformen der Post-Maastricht-Krise werden aber auch durch die weltpolitischen Umbrüche seit 1989 bestimmt. Zumindest ein Pfeiler des westeuropäischen Grundkonsenses der Nachkriegszeit – die gemeinsame Frontstellung gegenüber dem osteuropäischen Kommunismus (und, darin eingeschlossen, die Akzeptanz der militärischen

¹⁴ Das französische Massenblatt »Le Parisien« formuliert dies so: »Mit den hohen Zinsen zur Bekämpfung der hausgemachten Inflation zerstörte die Bundesbank unsere Arbeitsplätze im Namen der europäischen Solidarität und finanzierte auf unsere Kosten die Wiedervereinigung«, zit. nach: Frankfurter Rundschau (FR) vom 3. 8. 1993, S. 3. Während der ersten EWS-Krise hatte Robert Leicht in der ZEIT vom 2. Oktober 1992 schon auf diese – für die europäische Politik außerordentlich gefährliche – »räuberische« Tendenz aufmerksam gemacht: »Wie immer man die jüngsten europäischen Turbulenzen und Deutschlands Treue zum Maastrichter Vertrag analysieren will – an einem Befund führt kein Weg vorbei: Erst versprach Bonn, die Deutschen würden für die Kosten der Wiedervereinigung selber aufkommen. Jetzt erhebt die Bundesrepublik bei ihren Nachbarn, ohne zu fragen, Tribut für die deutsche Einheit, und zwar auf dem Umweg über ihre seit der Einigung explodierende Staatsverschuldung, über die sich in den kommenden Jahren noch kumulierenden Defizite und das zwangsläufig steigende internationale Zinsniveau. Sie tut dies ganz einfach, weil sie – ähnlich dem Amerika Ronald Reagans – die Macht dazu hat.«

¹⁵ W. Pfaff, Las consecuencias de la política económica europea, in: El País, 7. 8. 1993, S. 32.

¹⁶ Vgl. auch das Interview mit dem neoklassischen MIT-Ökonomen Olivier Blanchard, der Spanien und Frankreich den Austritt aus dem EWS empfiehlt, um die Souveränität über die nationale Zinspolitik als Voraussetzung für eine effektive Beschäftigungspolitik wiederzugewinnen, in: El País, 1. 8. 1993, S. 36.

¹⁷ Vgl. dazu u.a. R. Kuttner, The end of Laissez-Faire. National purpose and the global economy after the Cold War, New York 1991, bes. Kap. 4 (Trade: the new era and the national interest).

¹⁸ Vgl. dazu die Dokumentation der Pro- und Contra-Maastricht-Manifeste in: R. Hrbek (Hrsg.), Der Vertrag von Maastricht ..., a.a.O., S. 159 ff.

¹⁹ So z.B. A. Baring, Deutschland – was nun? Berlin 1991.

²⁰ El País, 8. 8. 1993, S. 8.

Führungsrolle der USA im Kalten Krieg) – ist zusammengebrochen. Erst allmählich nimmt das politische Bewußtsein darüber Gestalt an, welche Ordnungs- und Integrationskraft aus der bipolaren Struktur der Weltpolitik erwuchs.²¹

Die Veränderung der Kräfteverhältnisse und der politischen Problemlagen in Europa betrifft nicht allein die Aufwertung der »deutschen Frage«, sondern auch – und damit eng verbunden – die künftige politische Rolle der beiden, traditionellen »Großmächte« in der EG, von Frankreich und Großbritannien. Die Insignien ihrer politisch exponierten Position (Siegermächte des II. Weltkrieges mit ständigem Sitz im UNO-Sicherheitsrat, Schutzmächte von Berlin, Atomkräfte, ehemalige Kolonialmächte mit außereuropäischen »Einflußzonen«) sind offenkundig abgewertet worden. Offen ist ebenfalls, welchen Einfluß die »special relationships« zu den USA, über die die konservativen Regierungen in Großbritannien auch gegen die Achse Bonn-Paris (etwa im Hinblick auf den Ausbau der WEU) ihren Einfluß auf die internationale und europäische Politik zu stärken versuchten, in der Zukunft spielen werden – u.a. auch deshalb, weil in den USA selbst klare Konturen einer neuen Europapolitik (und dabei einer Reorganisation der NATO) noch nicht erkennbar sind.

Alle diese Veränderungen in der politischen Positionierung der europäischen Großmächte in der Machtarchitektur des neuen Europa deuten darauf hin, daß der konkreten Ausfüllung der in Maastricht vereinbarten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eine erhöhte integrationspolitische Bedeutung zukommen wird – oder umgekehrt, daß jede Blockade der GASP die Integrationskrise in dem Sinne verstärken muß, daß die traditionellen Konflikte um politisch-militärische Führungspositionen bzw. um Hegemonie (und die damit verbundene Bündnisdiplomatie) wieder die Oberhand gewinnen. Das vollständige Scheitern des KSZE-Mechanismus, dem noch im Jahre 1990²² die Funktion für die Stabilisierung einer gesamt-europäischen Friedensordnung zugeordnet wurde, angesichts des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, aber auch angesichts der Konflikt- und Gewaltpotentiale, die auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion eskalieren, unterstreicht diese Gefahren ebenso wie die Unfähigkeit der EG-Staaten, im Rahmen der in Maastricht vereinbarten GASP eine kohärente und effiziente Politik zu entwickeln. Die Entwicklung einer »europäischen Identität« scheint mithin auf dem Gebiet der Außenpolitik noch schwieriger zu sein als auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Trotz dieser zentrifugalen Tendenzen gibt es freilich nach wie vor einen relativ breiten Fundus gemeinsamer und gemeinschaftlicher Interessen. Diese sind einerseits in der ökonomischen Logik der Weltmarkt Konkurrenz begründet. Die europäischen transnationalen Konzerne, deren Repräsentanten schon als mächtige Lobby für das Binnenmarkt-Projekt agiert hatten, können kein Interesse an Desintegrations- und Renationalisierungsprozessen haben, die das mit dem Binnenmarkt erreichte Niveau der Marktintegration wieder in Frage stellen könnte.²³ Daraus folgt eine Handlungslogik, die für die Vollendung und das erfolgreiche Funktionieren des Binnenmarktes zugleich auch – mehr oder weniger – jene gemeinschaftlichen Regulationsformen akzeptieren muß, die sich als politisch-institutionelle Binnenstruktur der EG herausgebildet haben. Und schließlich kann auch das Drohpotential, das von politisch-militärischen Konflikten und sozialen Katastrophen im Osten sowie von dem Migrationsdruck über das Mittelmeer ausgeht, in der EG eine »Festungsmentalität« bestärken, die ihrerseits den Druck zur Bewältigung der derzeitigen Krise erhöht.

Der Fonds gemeinsamer und gemeinschaftlicher Interessen, den die Mitgliedstaaten der EG zu verwalten haben, ist also längst nicht aufgezehrt. Allerdings breiten sich in den entwickelten Gesellschaften Westeuropas Symptome einer Krise aus, die über die Analyse des EG-Systems oder der derzeitigen Konflikte im Prozeß des intergouvernementalen Interessenclearings – auch im Hinblick auf das weitere Schicksal der Maastricht-Verträge – überhaupt nicht angemessen zu erfassen sind. Die »Krise der Politik« ist nicht allein eine Krise der politischen Klasse – also jenes über Jahrzehnte hinweg relativ stabilen Machtblocks, der sich aus den Eliten der »Staatsparteien«, der Staatsapparate, der Verbände, der Wissenschaft und der Medien – mit vielfältigen Beziehungen und Vernetzungen zu den Wirtschaftseliten – rekrutiert hatte. Der Zerfall dieses Machtblocks – begleitet von einem z.T. dramatischen Legitimationsverlust der alten »Systemparteien« (vor allem in Italien) – ist letztlich der nur mehr oder weniger deutliche Ausdruck einer allgemeinen (nur in ihren Verlaufsformen national-spezifischen) Krise der modernen, westeuropäischen Gesellschaften.

Schon haben fundamentalistische Deutungsmuster vom »Kollaps der Modernisierung«²⁴ oder vom epochalen Konflikt der »zwei Modernen«²⁵ Konjunktur. Für eine Annäherung an den Begriff der Post-Maastricht-Krise der EG reicht es an dieser Stelle freilich aus, auf den Umbruch vom Fordismus zum Postfordismus und auf dessen Widerspruchspotentiale zurückzugreifen. Diese waren schon in den 80er Jahren – sei es in der Form globaler sozialer Spaltungen und ökologischer Risiken, sei es in Gestalt der innergesellschaftlichen Segmentierungen – zu erkennen. Die »Schattenseiten« der weltmarkt-orientierten Modernisierung haben eine äußere und eine innere Dimension: die Spaltung zwischen den Zentren der Reichtumsproduktion und der Peripherie der Weltgesellschaft, in der sich Bevölkerungsexplosion, Armut und Unterentwicklung verdichten; und, die innergesellschaftlichen Erosionsprozesse in den Metropolen des Triaden-Kapitalismus. Modernisierung erweist sich als ein höchst widersprüchlicher Prozeß, mithin als ein »zweischneidiges Schwert«. Gewinner und Verlierer werden – z.T. jenseits der alten Klassenstruktur und über die Auflösung traditioneller Klassenmilieus – neu sortiert. Die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum, technologischer Innovation und Beschäftigungssystemen wirkt seit den späten 70er Jahren als Expansion von gesellschaftlichen Sektoren, die durch Marginalisierung, Armut, Kriminalität, Entmoralisierung usw. charakterisiert sind. Dazu kommt – und dies scheint für die Krise der Politik der entscheidende Gesichtspunkt – das Zerbrechen gesellschaftlicher und politischer Stabilität »in der Mitte«, also in den Kernsektoren des »fordistischen Blocks«: »Durch den Abbau sozialer Sicherheiten und die sektoralen Strukturkrisen wurden auch innerhalb des Wohlstandskartells der Modernisierungsgewinner die klassischen modernen, also die industriegesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen Kapital und Arbeit reaktualisiert. Dies führt zu einer quantitativ erheblichen Erosion und derzeit politisch nicht kalkulierbaren Verunsicherung des arbeitgesellschaftlichen Kerns unserer Gesellschaft, der lange als durch Sozialstaatlichkeit, Sozialpartnerschaft und Konsumteilhabe nach dem »fordistischen Modell« integriert galt.«²⁶

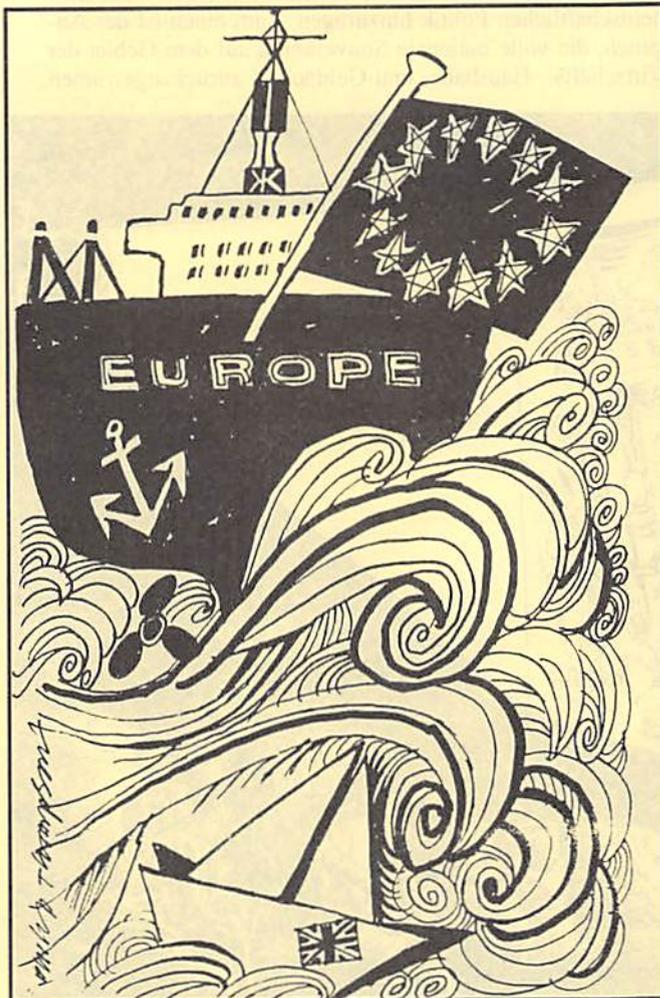
Daß sich diese Desintegrationsprozesse kontinuierlich fortentwickelt haben, ist in erster Linie auf eine – von der neokonservativen und neoliberalen Ideologie inspirierte – Politik zurückzuführen, die die Regulations- und Interventionsfunktionen des Staates im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspro-

litik mehr und mehr zugunsten der Förderung der »Angebotsbedingungen« des weltmarktorientierten Kapitals verlagert hat. Während so die »Verflechtungsfalle« die nationalstaatliche Souveränität im Bereich der Wirtschafts- und Geldpolitik ausgehöhlt hat, wurde durch die »Schuldenfalle« schließlich die Handlungsunfähigkeit des Nationalstaates gerade zu einem Zeitpunkt offenkundig, als mit der Weltwirtschaftskrise 1992/93 die Regierungen mit einem erweiterten sozial- und beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf konfrontiert wurden. Damit verengt sich der Handlungskorridor des Staates zu einer quasi-naturnotwendigen »Ohnmacht« und die Legitimationsressourcen der demokratischen Systeme erodieren.²⁷ Die Grenzen der Politik sind so Ausdruck der Tatsache, daß transnationale Akkumulation und gesellschaftliche wie politische Regulation immer weiter auseinanderfallen.

Die Spezifik der Post-Maastricht-Krise der EG besteht vor allem darin, daß sich zu Beginn der 90er Jahre strukturelle und konjunkturelle, ökonomische, soziale und politische Krisentendenzen (die auch je eigenen Logiken folgen) verdichten. Die EG verfügt jedoch weder über hinreichende Ressourcen, noch über die Macht, die institutionelle Kompetenz und die Legitimation, um Wege aus dieser Konstellation zu initiieren oder gar souverän zu gestalten. Die Schattenseiten der kapitalistischen Globalisierung schlagen auf die reichen Metropolen zurück – nicht zuletzt vermittelt der Herausbildung von Dritte-Welt-Sektoren in ihnen selbst. Das neokonservative Projekt ist programmatisch gescheitert. Gleichzeitig hat sich jedoch die

politische Linke als Träger einer politischen und ökonomischen Alternative weitgehend aufgelöst bzw. ist enorm geschwächt worden.

Die Repolitisierung der Gesellschaft artikuliert sich überwiegend in lokalen und regionalen Räumen, in denen sich die »Schattenseiten« der weltmarktorientierten Modernisierung und der Deregulierungspolitik ballen. Auf der nationalstaatlichen Ebene verschieben sich politische Polarisierungen »rechts von der Mitte« – sei es als Rekurs auf die Gewaltpotentiale des Staates (nach innen und außen), sei es als Sezessionsbewegungen bzw. als rechtspopulistische bzw. neofaschistische Bewegungen. Die ideologische Renationalisierung der politischen Kultur, die sich dabei vollzieht, schafft einerseits eine gleichgültige oder gar feindselige Distanz zum Projekt der »Europäischen Union«. Auf der anderen Seite werden die Nationalstaaten in einer solchen Situation unvermeidlich mit der Herausforderung konfrontiert, daß zur Bewältigung dieser innergesellschaftlichen Spannungen vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik Souveränität zurückerobert werden muß, die mit der Anerkennung des Primats der weltmarktorientierten Modernisierung in der Ära der neokonservativen Hegemonie an die »unsichtbare Hand« der Weltmarktprozesse – genauer: an die transnationalen Konzerne und das internationale Finanzkapital – abgegeben wurde. Das allerdings würde bedeuten, daß auch die Fortsetzung des EG-Prozesses – jenseits der Maastricht-Perspektive – neuen politischen und gesellschaftlichen Inhalten und Zielen zu folgen hätte.



Wege aus der Krise?

Für die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zeichnen sich verschiedene Alternativen ab. Bei deren Diskussion schließen wir erstens die Hypothese eines bevorstehenden Verfalls bzw. Auseinanderbrechens der EG aus. Unsere Analyse der Post-Maastricht-Krise legt die Schlußfolgerung nahe, daß diese keineswegs vom Typus der »Existenzkrise« ist, sondern noch – wie frühere EWG-Krisen – als »Entwicklungskrise« zu charakterisieren ist. Dieser Krisentyp wirkt freilich nicht automatisch als »Katalysator«, als »Reinigungsgewitter«, ohne das kein neuer Aufschwung möglich ist. Sie kann auch – wie nach 1973/74 – eine längere Stagnationsperiode der Integrationspolitik einleiten, die dann – auf der Ebene der Politik in den institutionellen Kernbereichen der EG – den Maximen des »muddling through« (Sich-Durchwurstelns) folgt.²⁸ Zwei-

²¹ »Der Feind erzeugt kraft seiner existentiellen Bedrohung die Verteidigung, den Verteidigungskonsens. Er »vergemeinschaftet«, und zwar nicht »nur« durch Werte, sondern auch durch den Zwang zur Gegenreaktion«. U. Beck, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/Main 1993, S. 131.

²² Zum KSZE-Gipfel von 1990 vgl. W. v. Bredow, Der KSZE-Prozeß, Darmstadt 1992, S. 144 ff.

²³ Zumindest hier wirkt die Logik des »Handelsstaates« bzw. der »Zivilmacht«, siehe R. Rode, Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderte Euro-Hegemonie?, in: B. Schoch (Hrsg.), Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt/Main 1992, S. 203 ff.

²⁴ So R. Kurz, Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Frankfurt/Main 1991.

²⁵ So U. Beck, Die Erfindung des Politischen, a.a.O., S. 149.

²⁶ M. Vester, Eine neue Landkarte sozialer Milieus und Mentalitäten, in: Die Mitbestimmung, 7-8/1993, S. 18 ff., hier S. 21/22.

²⁷ F. Deppe, Kapitalismus und Demokratie, in: Sozialismus, 9/1993.

²⁸ Vgl. dazu J. Esser, Die Suche nach dem Primat der Politik, in: S. Unsel (Hrsg.), Politik ohne Projekt? Frankfurt/Main 1993, S. 409 ff., hier S. 426/7.

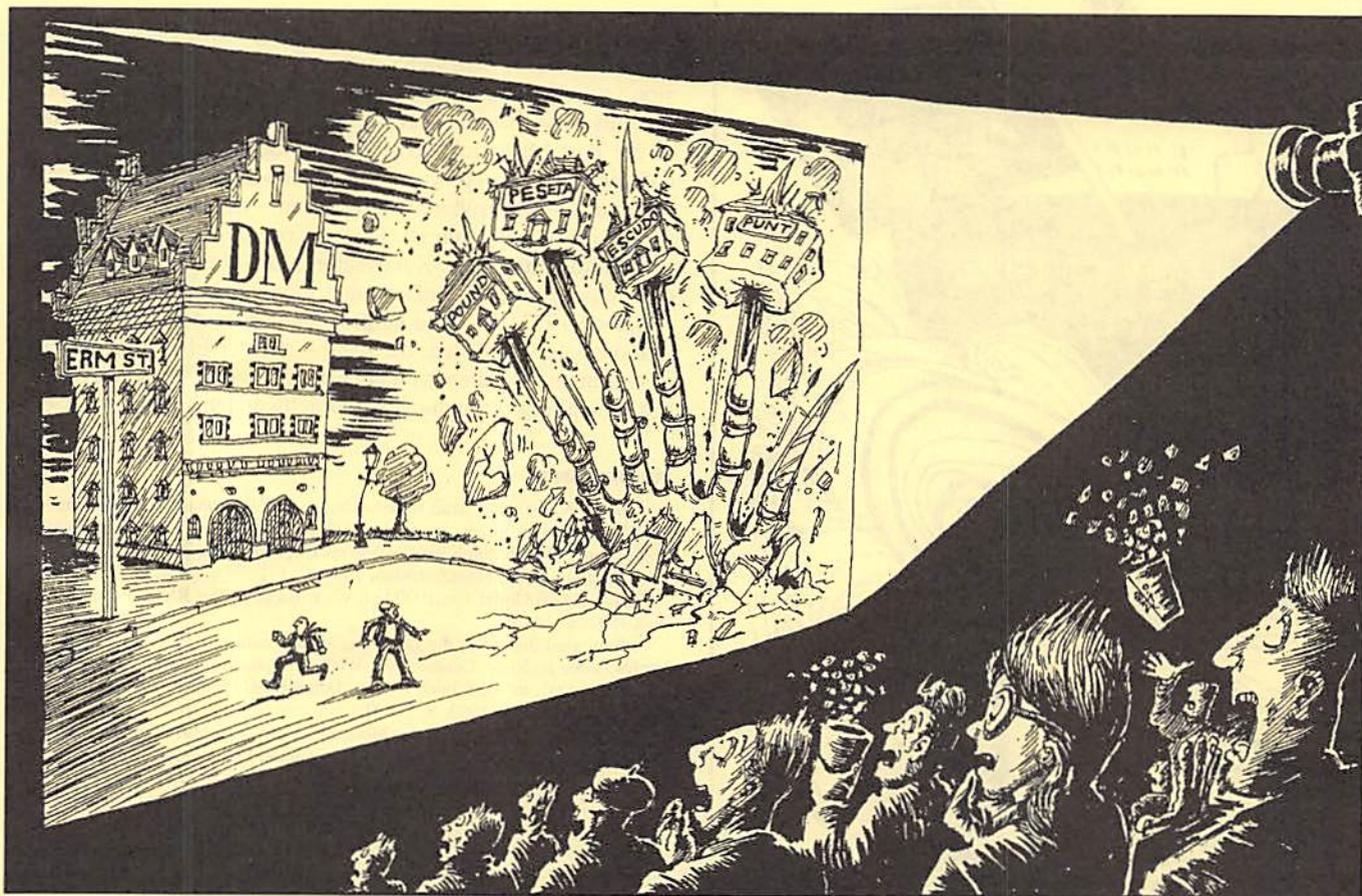
tens bewegen sich diese Alternativen zunächst noch im Rahmen jener großen Debatten, die seit den 50er Jahren die Tagesordnung der europäischen Integrationspolitik bestimmt haben: die zwischen »Atlantikern« und »Europäern«; die zwischen Befürwortern der Supranationalität und der intergouvernementalen Zusammenarbeit, und die zwischen Anhängern der Erweiterung und der Vertiefung der Integration.²⁹ Drittens gehen wir von der Hypothese aus, daß in den Strukturen der Machtverhältnisse und der Institutionen der Innenpolitik der EG-Mitgliedstaaten keine tiefgreifenden Machtverschiebungen stattfinden. Es wird – häufiger als in der Vergangenheit – zu »Machtwechseln« zwischen konservativ-liberalen und sozial-liberalen Blöcken (bzw. zu »großen Koalitionen«) kommen. Der »rechte Rand« wird dabei wahrscheinlich stärker werden. Und viertens muß offen bleiben, welche Rückwirkungen von denkbaren politischen, sozialen und militärischen Konflikten im Osten bzw. im Südosten Europas auf die politische Kooperationsbereitschaft in der EG – im Sinne von »Schockwirkungen« – aufgehen könnten.

■ Die erste Entwicklungsvariante führt zu einer deutlichen *Renationalisierung der Politik in Europa*. Sie verzichtet auf das Projekt der Vertiefung der Integration – und dabei insbesondere auf die gemeinsame Währung und Währungspolitik – sowie auf das Projekt der »Europäischen Union«, d.h. der institutionellen Vergemeinschaftung der EPZ und der GASP. Die Maastricht-Perspektive wird aufgegeben. Statt dessen favorisiert diese Politik die Bewahrung des Grundbestandes der EWG und des Binnenmarktes, soweit damit die Liberalisierung des Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs realisiert wird. Die Erweiterung dieser »Freihandelszone« – zu-

nächst um die EFTA-Staaten – wird damit zum integrationspolitischen Schwerpunkt der 90er Jahre. Das politische System der EG soll möglichst dezentralisiert und entbürokratisiert werden (»Subsidiarität«). Für die politische Willensbildung – auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik – soll am Prinzip der Intergouvernementalität festgehalten werden.

Die Anhänger dieser Politik haben seit 1992 an Einfluß gewonnen. Der »Anti-Maastricht-Block« vereint allerdings politisch höchst disparate Kräfte: Rechtsradikale und Neofaschisten, die auf die Wiederbelebung des Chauvinismus in der »Nation Europa« setzen; Konservative, die die nationale Souveränität nicht preisgeben wollen; Neoliberale, die der EG als Instrument transnationaler politischer Regulation mißtrauen und die das Konstrukt der Gemeinschaftswährung ECU ablehnen; Sozialisten und Kommunisten, die die Dominanz der Transnationalen Konzerne und des Finanzkapitals in der EG-Politik ablehnen und für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – im eigenen Lande wie in der EG insgesamt – eintreten; Ökologen und Radikaldemokraten, die die ökonomische Wachstumsorientierung sowie die Tendenz zur transnationalen Zentralisierung der EG-Politik mit der Programmatik des »ökologischen Umbaus« sowie der »Basisdemokratie« konfrontieren.

Es sind nicht allein die disparaten Interessen und Forderungen, die die Heterogenität und Labilität dieser Formation ausmachen. Darüber hinaus würde eine solche Renationalisierungstendenz im Rahmen der EG bestehende Defizite und Risiken eher noch verstärken bzw. neue Blockaden einer gemeinschaftlichen Politik hinzufügen. Zum einen ist der Anspruch, die volle nationale Souveränität auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Haushalts- und Geldpolitik zurückzugewinnen,



angesichts des tatsächlichen Niveaus der transnationalen Verflechtung – und der daraus erwachsenden Anforderungen an transnationale politische Regulationsformen – illusionär. Gleichzeitig muß – zumal unter wirtschaftlichen und sozialen Krisenbedingungen – jeder Versuch in diese Richtung die zwischenstaatliche Konkurrenz auch in der EG im Sinne der klassischen (protektionistischen) »beggar-my-neighbour«-Politiken verstärken. Damit erodieren freilich die Grundlagen jenes Konsensus, der für die intergouvernementale Kompromißbildung im Ministerrat der EG letztlich eine unverzichtbare Voraussetzung ist – auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik ebenso wie auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik. Renationalisierung impliziert notwendig eine noch schärfere Konfrontation der je besonderen nationalen Interessen. Auf diese Weise erhöhte sich zum anderen das Risiko, daß die »deutsche Frage« schließlich doch zum Sprengsatz der alten »EWG-EG-Philosophie« werden könnte. Johan Galtung hat gerade darauf hingewiesen, daß die Ausschaltung dieses Risikos eine zentrale Aufgabe deutscher Politik sei.³⁰

■ Die zweite Entwicklungsvariante hat schon einen Namen: »das Europa der zwei Geschwindigkeiten«, oder: die Politik der »abgestuften Integration«. In den Maastricht-Verträgen selbst ist eine solche Entwicklung vorgesehen. Die Möglichkeit des »opting out« (wie sie von Großbritannien sowohl bei der dritten Stufe der WWU als auch bei der Sozialpolitik wahrgenommen wird) und der Sonderstatus, der Dänemark nach dem ersten, ablehnenden Referendum beim EG-Gipfel von Edinburgh Ende 1992 zugestanden wurde,³¹ anerkennen Sonderregelungen – damit eine normativ-legislative Ungleichzeitigkeit – in der Gemeinschaft. Auch das Ausscheiden des britischen Pfundes und der italienischen Lira aus dem EWS im September 1992 war schon Indikator für eine stärkere Ausdifferenzierung von starken und schwachen Währungen, von Kern- und Peripheriestaaten für den Fortgang der Integration. »Noch vor dem Ende der Ratifizierung (der Verträge von Maastricht) wird klar, wohin die Reise geht: Nicht zu mehr »symmetrischer Interdependenz«, sondern zu einem »Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten« (oder der »konzentrischen Kreise«, eine »géométrie variable«, wie immer), das man sehr wohl als Anfang eines Desintegrationsprozesses verstehen kann.«³²

Das Konzept der »abgestuften Integration« wurde zuerst im sog. »Tindemans-Bericht« (Dezember 1975) entwickelt, den der damalige belgische Ministerpräsident im Auftrag der EG-Kommission erarbeitet hatte. Die ökonomisch potenteren Staaten sollten hinsichtlich der Integrationsverflechtung voranschreiten – »die Staaten, welche die Möglichkeit haben, Fortschritte zu machen, (haben) auch die Pflicht, ... dies zu tun«, während die »Staaten, welche vom Rat auf Vorschlag der Kommission als objektiv anerkannte Gründe haben, nicht weiter vorzurücken, dies nicht tun«. Die abgekoppelten Staaten sollten »von den anderen Staaten Hilfe und Beistand erhalten, soweit diese dazu in der Lage sind, damit sie die anderen einholen können.«³³

Die Umsetzung des Konzepts der »abgestuften Integration« nach der Ratifizierung von Maastricht würde einerseits eine zeitweilige Aussetzung bzw. Neuverhandlung des Zeitplanes für die Verwirklichung der WWU bedeuten. Andererseits müßte sich – nach dem derzeitigen Stand – die Zahl derjenigen Mitgliedstaaten erhöhen, die nach Maßgabe der »Konvergenzkriterien« (Art. 109j, EG-Vertrag) von weiteren »Fortschritten« ausgeschlossen werden müssen. Sollte freilich in der

nahen Zukunft die wirtschaftliche und soziale Ungleichzeitigkeit in der EG fortbestehen und sollte es nicht gelingen, die politischen Spannungen zwischen den großen Mitgliedstaaten der EG abzubauen, so dürfte jede »Atempause« hinsichtlich des Zeitplanes von Maastricht eher einer de facto »Beerdigung« gleichkommen.

Noch schwieriger wird die Frage zu beantworten sein, welche Blockbildung zwischen den Mitgliedstaaten der EG heute denkbar und möglich sind, um den »Schellzug« und den »Bummelzug« zusammenzustellen. Solange die Achse Paris-Bonn als »Lokomotive« die Integrationspolitik anzieht, besteht eine tragfähige politische Basis für Kompromißbildungen, Moderatorien, Abstufungen usw. fort. Einige Beobachter befürchten allerdings, daß sich die Erosion des EWS zur Bildung eines DM-Blocks, dem neben den Benelux-Ländern und Dänemark, die Beitrittsaspiranten Österreich und Schweden angehören, fortentwickelt. Dann wäre damit zu rechnen, daß sich die bereits vorhandenen Dissonanzen in den deutsch-französischen Beziehungen noch verstärken. Insbesondere in Frankreich wird dann der Einfluß derjenigen politischen Kräfte – auch in der Regierung – zunehmen, die eine Politik der Renationalisierung und der Formierung von politischen Allianzen in Europa zur Bändigung deutscher Hegemonie verfolgen. Die offensichtlichen Schwierigkeiten, die mit der Bewältigung der »deutschen Frage« in der Konstruktion der neuen europäischen Architektur verbunden sind, spielen demzufolge auch in diesem strategischen Feld eine wesentliche Rolle.

Die beiden bisher skizzierten Entwicklungsvarianten (Erweiterung statt Vertiefung; abgestufte Integration) bewegen sich im Rahmen von Erfahrungen und Entscheidungsoptionen, die bereits in den 70er Jahren als Reaktion auf die damalige EG-Krise diskutiert und praktiziert wurden (z.B. die Einrichtung des EWS ohne Großbritannien und die Erweiterung der EG um drei Mittelmeerstaaten Anfang der 80er Jahre). Angesichts der politischen und sozialökonomischen Umwälzungen in Ost-Europa stellt sich freilich die Frage, ob solche Konzepte in den 90er Jahren überhaupt noch greifen können. Eine grundlegende Neukonzeptionierung des Projektes der Europäischen Integration auf der Ebene der Regierungspolitiken – im Rahmen eines mehrheitsfähigen, intergouvernementalen Konsensus – scheint derzeit allerdings völlig unrealistisch. Eher noch würden sich, sofern eine solche Debatte ernsthaft angestoßen wäre, die bereits bestehenden ökonomischen und politischen Interessens- und Meinungsunterschiede verstärken.³⁴

■ Der Osnabrücker Politikwissenschaftler Klaus Busch hatte schon kurz vor der Maastricht-Konferenz im Dezember 1991

²⁹ Vgl. O. Holman, Introduction: transnational class strategy and the New Europe, in: International Journal of Political Economy, Vol. 22, No. 1, Spring 1992, S. 3 ff., hier S. 10.

³⁰ J. Galtung, Deutschland und das Andere: Gibt es eine Therapie? in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 8/1993, S. 470 ff., hier S. 472.

³¹ Vgl. O. Schmuck, Der Gipfel von Edinburgh: Erleichterung nach einem europapolitisch schwierigen Jahr, in: Integration, 16. Jg., 1/1993, S. 33 ff.

³² M. Bonder, B. Röttger, G. Ziebur, Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus, in: Prokla, 91, 23. Jg., Juni 1993, S. 327 ff., hier S. 336.

³³ L. Tindemans, Die Europäische Union, zit. n. H.J. Axtl/F. Deppe, Europa-Parlament und EG-Erweiterung, Köln 1979, S. 70 sowie S. 80/81.

³⁴ Das betrifft vor allem die Osteuropa-Politik der EG. Vgl. A. Pradetto, Europa nach der Revolution. Ost und West vor säkularen Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 6/1992, S. 3 ff., hier S. 8.

davor gewarnt, die Perspektive einer Vertiefung der EG-Integration über den Ausbau der WWU – und insbesondere der gemeinsamen Währung – in den Vordergrund zu rücken: »An der weithin akzeptierten politischen Formel, die Erweiterung der EG setze ihre Vertiefung voraus, (sind) nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Zweifel angebracht ... Es spricht vieles dafür, daß die ökonomischen und politischen Krisen im Osten des Kontinents eine neue Europakonzeption erfordern. Die EG sollte von den Plänen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion Abstand nehmen und an einem *Europäischen Haus* bauen, das die größtmögliche Zahl europäischer Staaten umfaßt und auf drei Säulen basiert: einem Wirtschaftsverbund mit einem einheitlichen Binnenmarkt als Kernbereich, einem Währungsverbund in Form eines Systems fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse und einem Sicherheitsverbund, der sowohl den militärischen Beistand zwischen den Mitgliedstaaten als auch Eingriffsmöglichkeiten in die ›inneren‹ Angelegenheiten derjenigen Staaten beinhaltet, die von friedensbedrohenden Nationalitätenkonflikten erschüttert werden.«³⁵

Dieses Programm wird sich freilich schnell mit dem Einwand konfrontiert sehen, daß weder die ökonomischen noch die politischen Voraussetzungen gegeben sind, um die drei Verbundsysteme in den Bereich Wirtschaft, Währung und Sicherheit in einer auf 20 bis 25 Staaten erweiterten gesamteuropäischen Union zu realisieren. Muß nicht schon die Idee eines gesamteuropäischen, einheitlichen Binnenmarktes als höchst illusionär erscheinen, wenn man bedenkt, wie schwierig es gewesen ist und nach wie vor ist, das Projekt eines einheitlichen Binnenmarktes in der 12er-EG zu implementieren? Und vielfach schwieriger dürfte noch die Realisierung der beiden anderen Verbünde sein, zumal sich seit 1991 die politischen Interessensdivergenzen zwischen den führenden EG-Staaten hinsichtlich der Beziehungen zu Osteuropa noch verstärkt haben: »Deutschland ist schon aufgrund seiner geographischen Lage von möglichen negativen Entwicklungen in Osteuropa am meisten tangiert und daher an Unterstützung für die dortige wirtschaftliche und politische Stabilisierung auch am meisten interessiert. Ökonomisch mit der Integration der ehemaligen DDR erheblichen Belastungen unterworfen, setzt die deutsche politische Elite alles daran, das osteuropäische Problem zu europäisieren, d.h. die EG zu engagieren. Frankreich dagegen betrachtet den zentral- und osteuropäischen Raum mehr oder weniger bereits als deutsche Einflußsphäre und befürchtet, das Einbeziehen Osteuropas habe eine Stärkung der deutschen Position in der Gemeinschaft zur Folge. Außerdem spielen wirtschaftliche Vorbehalte (u.a. mögliche Agrar- und Stahllexporte aus Osteuropa) eine Rolle. Großbritannien wiederum wehrt sich gegen eine ökonomische und politische Vereinheitlichung der Gemeinschaft, die nach Londoner Ansicht nur die deutsche Dominanz in der Gemeinschaft zementieren bzw. ausbauen würde, und sieht in einer Annäherung Osteuropas ein Mittel zur Verhinderung einer Politischen Union.«³⁶ Peter Glotz warnt ebenfalls vor der Illusion eines »grand design« hinsichtlich der Entwicklung der Beziehungen zwischen Ost- und West(EG)-Europa: »Der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, scheint einen ziemlich einsamen Kampf zu kämpfen. Die große Anstrengung des Westens, die Marshallplan-Anstrengung, wird nicht mehr unternommen werden. Die Vereinigten Staaten sind dafür schon zu schwach. Japan wittert seinen Erfolg auch ohne Aufpöppelung osteuropäischer Märkte, und die Europäische Gemeinschaft ist zu uneinig.«³⁷

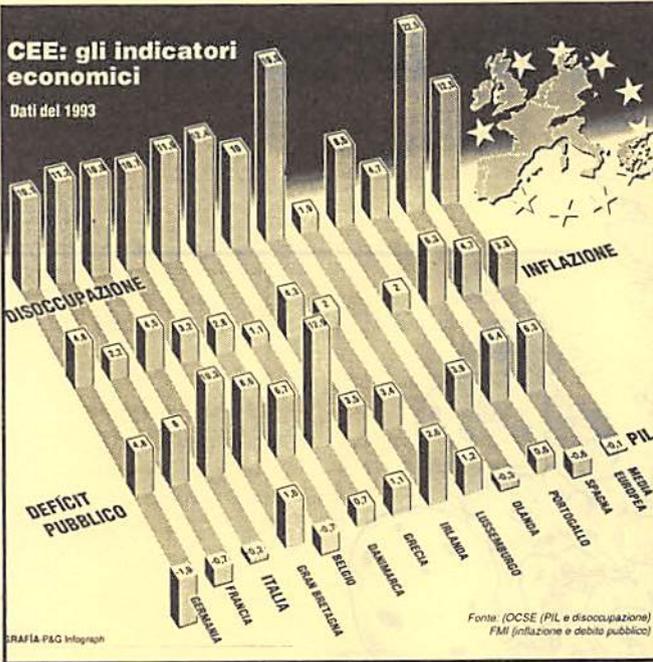
■ Diese kritischen Einwände lassen sich auch gegen die Position des Bremer Ökonomen Jörg Huffs Schmid wiederholen, der unmittelbar nach der Maastricht-Konferenz eine Neuorientierung der Europapolitik in Richtung auf *gesamteuropäische Kooperation und Integration* forderte. »Die wirtschaftlich unzureichenden und politisch abwehrenden Reaktionen der EG auf die Umbrüche in Osteuropa belegen, daß ihre politische Klasse die grundsätzliche Veränderung der europäischen Zukunftsperspektiven noch nicht erkannt, jedenfalls nicht in ein neues europäisches Gesamtkonzept umgesetzt hat. Sie sperrt sich gegen die Einsicht, daß die bisherige Art und Struktur der EG-Integration nicht einfach fortgesetzt werden kann, daß an ihre Stelle vielmehr eine gesamteuropäische Perspektive treten muß. Deren Grundlage ist zumindest in einer wesentlichen Hinsicht vergleichbar mit den Prinzipien, die die Gründung von Montanunion und EWG geleitet haben: Wirtschaftliche Integration wurde damals als wesentliches Mittel angesehen, um das historisch angehäuften, und immer wieder militante Auseinandersetzungen und Kriege anheizende Konfliktpotential zu entschärfen und eine stabile Basis für friedliche Koexistenz und Kooperation der Völker in Westeuropa zu schaffen«. Wie Klaus Busch plädiert auch Jörg Huffs Schmid für die Vorbereitung auf einen »gesamteuropäischen Binnenmarkt«. Eigene Akzente setzt er vor allem in zwei Bereichen: zum einen erfordert eine gesamteuropäische Integrationsstrategie einen »umfangreichen Finanztransfer von West- nach Osteuropa«, der – wenn die Transfers von Nord- nach Südeuropa fortbestehen sollen – eine drastische Anhebung der »Eigenmittelausstattung der EG« wie eine ebenso drastische Reform ihrer Ausgabenstruktur notwendig macht. Zum anderen plädiert er für eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftspolitik.³⁸

Die Hindernisse, die sich der Verwirklichung eines solchen Programms in den Weg stellen, sind leicht auszumachen. Die Erhöhung der Eigenmittel der EG stößt auf den erbitterten Widerstand der Regierungen der großen Mitgliedstaaten, der sich angesichts der je nationalen »Verschuldungskrisen« und aufgrund der gegenwärtigen Wirtschafts- und Beschäftigungskrise noch versteifen wird. Finanztransfers nach Osten werfen angesichts »knapper Kassen« zusätzliche Verteilungskonflikte innerhalb der EG (»Nord-Süd-Spaltung«) auf. Daher steht die Idee der Neuaufgabe eines »Marshall-Planes« für Osteuropa auf schwachen Füßen.³⁹ Und schließlich würde eine Abkehr von den neoliberalen und monetaristischen Prämissen der Wirtschaftspolitik qualitative politische Machtveränderungen in den Mitgliedstaaten der EG – bzw. in der Welt der G-7-Staaten – voraussetzen.

■ Die Braunschweiger Forschergruppe um Gilbert Zieburia spricht sich ebenfalls für eine grundlegende Neuorientierung der Europapolitik aus. Wenn die Spaltung des Kontinents und eine Peripherisierung der meisten ehemals staatssozialistischen Länder verhindert werden sollen, dann muß sich die *EG nach Osten »öffnen«*. Sie muß »aktiv und altruistisch an der Konsolidierung Osteuropas mitwirken und erst dann über eine gesamteuropäische Integration ... reden«. Folgende Schritte werden vorgeschlagen: umfassende Modernisierung der intraregionalen Wirtschaftsbeziehungen im ehemaligen RGW; die EG muß ihren Markt für Osteuropaexporte öffnen (auch in sensiblen Bereichen wie Agrarprodukte, Textilien usw.); umfangreiche Kredite, »um die Handelsbilanzdefizite finanzieren zu können, die notwendigerweise durch den Import westlicher Investitionsgüter entstehen werden ... Ein wichtiger Schritt wäre die Errichtung einer Zahlungsunion im ehemaligen RGW, um

CEE: gli indicatori economici

Dati del 1993



dem Devisenmangel im intra-regionalen Handel zu begegnen.⁴⁰

Um diesen Weg zu öffnen, muß der »Primat der Ökonomie« – d.h. die Vorherrschaft des Marktes und der Profitproduktion – durch einen »Primat der Politik« gebrochen werden, die »dezidiert« als bisher Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen setzt und dabei die Marktdynamik soweit wie möglich unbeeinträchtigt läßt.⁴¹ Als ein konkretes Projekt nennen die Autoren die »Modernisierung der Infrastruktur Osteuropas«, genauer: den Aufbau eines modernen Schienen- bzw. Hochgeschwindigkeitsnetzes für Europa. »Wie der Eisenbahnbau im 19. Jahrhundert könnte der Bau einer solchen Ost-West-Trasse den großen, entscheidenden Wachstumsimpuls liefern, den der Osten als Take-Off-Phase für die weitere Industrialisierung dringend braucht.«⁴²

Die Autoren beklagen – als Signum eines fatalistischen Krisenbewußtseins der Gegenwart – den Mangel an »Konzepten (um nicht zu sagen: Visionen)«, um den Herausforderungen der neuen Weltära zu begegnen. Ihr Programm einer »Repolitisation« fassen sie in der folgenden Zielperspektive zusammen: »An die Stelle nationalstaatlicher Strategien muß die gemeinsame Entwicklung eines transnational-europäischen Gesellschaftsprojektes treten, das zum Ziel hat, eine entwicklungsfähige internationale Arbeitsteilung zwischen den alten westeuropäischen Zentren und der neuen Peripherie in Osteuropa bis nach Nordafrika entstehen zu lassen. Nicht auf ein Europa der konzentrischen Kreise, die ein für allemal feststehen, kommt es an, sondern auf ein Europa, in dem diese Arbeitsteilung jenen Wohlstand produziert, der imstande ist, Gesellschaft und Demokratie zu stabilisieren. Am Ende könnte ein grobeuropäisch-afrikanischer Raum entstehen, der, sich selbst bestimmend, aber eingebettet in übergreifende Strukturen eines multipolaren Weltsystems, seinen Beitrag zu einer »neuen Weltordnung« leistet, die endlich diesen Namen verdient.«⁴³

Die Reflexion der Frage, welche gesellschaftlichen und politischen Kräfte als Träger einer solchen Alternative wirken könnten, veranlaßt auch die Verfasser dieser – im positiven Sinne – visionären Programmatik zu pessimistischen Schluß-

folgerungen.⁴⁴ Das hat weniger damit zu tun, daß sie – dem vorherrschenden Trend der sozialwissenschaftlichen Theoriedebatten folgend – gesellschaftliche und politische Evolution nur noch als einen Prozeß »ohne Subjekt« zu denken vermögen. Eher sind sie – für die Gegenwart – skeptisch hinsichtlich der kurzfristigen Möglichkeiten, den neokonservativen und -liberalen »Block an der Macht«, der transnational auf den »Primat der Ökonomie« setzt, durch neue Mehrheiten abzulösen, deren Politik auf die Durchsetzung eines anderen transnational-europäischen Gesellschaftsprojektes gerichtet ist – eine Politik, die zudem auf die Revitalisierung autonomer sozialer Bewegungen wie z.B. der Gewerkschaften⁴⁵ und anderer »zivilgesellschaftlicher« Initiativen angewiesen wäre.

Vielleicht rührt solcher Pessimismus aber auch aus jenem objektiven Widerspruch unserer Zeit, daß die Transnationalisierung von Ökonomie und Politik eben nicht – quasi-naturwüchsig – eine entsprechende Transnationalisierung der Politik – sowohl hinsichtlich der institutionellen Gestaltungsmöglichkeiten als auch hinsichtlich der Gegenmachtspotentiale politischer und sozialer Akteure – nach sich zieht. Mehr noch, daß sie solche Potentiale systematisch blockiert – und gerade darin manifestiert sich die gesellschaftliche Formbestimmtheit sowie der Herrschaftscharakter solcher Prozesse. Die Suche nach Plattformen transnationaler Politik, für die es nur imaginäre, aber keine realen Subjekte gibt, würde sich so in einem Zirkel bewegen, der die Vergeblichkeit solcher Bemühungen schon vorprogrammiert hat. Daraus folgt freilich nicht, daß auf die Formulierung eines alternativen, transnational-europäischen Gesellschaftsprojektes verzichtet werden muß. Im Gegenteil! Der Kampf um einen neuen »Primat der Politik« – mit dem Ziel der Überwindung der derzeit herrschenden Machtkonstellationen – hat allerdings nur dann eine Chance, wenn er aus einer lokalen, regionalen und nationalen Repolitisation hervorwächst, die die sozialen und ökologischen Dimensionen transnationaler Vergesellschaftungsprozesse – vor allem im Hinblick auf eine grundlegende Reform des Beschäftigungssystems – als Gegenstand eines neuen Gesellschaftsvertrages hegemonial zu thematisieren vermag. ♦

³⁵ K. Busch, Die EG und die Architektur Europas nach dem Zerfall der Sowjetunion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11/1991, S. 669 ff., hier S. 670.

³⁶ A. Pradetto, Europa nach der Revolution ..., a.a.O., S. 8.

³⁷ P. Glotz, Die Einheit und die Spaltung Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 6/1992, S. 50 ff., hier S. 59/60.

³⁸ J. Huffschild, Überwindung oder Vertiefung der Spaltung Europas? Plädoyer für eine andere Integrationspolitik der EG, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1992, S. 316 ff., hier S. 326/7.

³⁹ Das Projekt eines solchen Marshallplanes in Gestalt einer »Gesamteuropäischen Aufbauorganisation« (GEA) mit einem Fonds, dessen Finanzierung von EG, EFTA, USA und Japan erfolgen sollte, erneuert W. Weidenfeld/ M. Hutterer: Der Westen und die Stabilisierung der Demokratie in Osteuropa, in: Europa-Archiv, 12/1992, S. 325 ff., bes. S. 332 ff.; kritisch zu solchen Vorschlägen – vor allem unter Berücksichtigung der Schuldenproblematik – vgl. K. Hübner, Ein Marshall-Plan für Osteuropa: Pro und Contra, in: Vereinte Nationen, 2/1992, S. 51 ff.

⁴⁰ M. Bonder, B. Röttger, G. Ziebur, Deutschland in einer neuen Weltära, Opladen 1992, S. 140/141.

⁴¹ Ebd., S. 209.

⁴² Ebd., S. 141/2.

⁴³ Ebd., S. 205.

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 209/10.

⁴⁵ Zu den Herausforderungen der Gewerkschaften siehe E. Altvater/B. Mahnkopf, Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung, Münster 1993, zusammenfassend S. 263